

Verkündungsblatt

der

FACHHOCHSCHULE BRAUNSCHWEIG/WOLFENBÜTTEL

10. Jahrgang

Wolfenbüttel, den 05.12.2007

Nummer 17

Inhalt:

- **Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang
„Management im Gesundheitswesen“** **S. 3**

an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel,
Fachbereich Gesundheitswesen

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang „Management im Gesundheitswesen“

Auf der Grundlage von § 37 Abs. 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69 - VORIS 22210 -) hat das Präsidium der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel in seiner Sitzung am 06.09.2007 die Bachelor-Prüfungsordnung für den Studiengang „Management im Gesundheitswesen“ beschlossen.

**Bachelor-Prüfungsordnung
für den Studiengang
„Management im Gesundheitswesen“
der Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel,
Fachbereich Gesundheitswesen
am Hochschulstandort Wolfsburg**

Bekanntmachung des Beschlusses nach § 37 Abs. 1 NHG des Präsidiums der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel vom 06.09.2007.

Erster Teil: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Bachelorprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Durch sie soll nachgewiesen werden, dass die erforderlichen Fachkenntnisse und Fähigkeiten erworben sind, um in den der Fachrichtung entsprechenden beruflichen Tätigkeitsfeldern die fachlichen Zusammenhänge zu überblicken und selbständig, problemorientiert und fächerübergreifend auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.

§ 2 Hochschulgrad

Nach bestandener Bachelorprüfung verleiht die Hochschule den akademischen Grad "Bachelor of Arts" (abgekürzt: „B.A.“). Hierüber stellt die Hochschule eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses aus (Anlage 1).

§ 3 Dauer und Gliederung des Studiums

(1) Die Regelstudienzeit, in der das Studium abgeschlossen werden kann, beträgt einschließlich der Praxisphase nach § 3 Abs. 4 und der Bachelorprüfung sechs Semester.

(2) Zu Beginn des dritten Studienseesters wählen die Studierenden einen Studienschwerpunkt gemäß Anlage 4.

(3) Das Studium umfasst Lehrveranstaltungen des Pflicht- und des Wahlpflichtbereiches sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden (Wahlbereich). Der Gesamtumfang der Pflicht- und Wahlpflichtfächer inklusive der Bachelorarbeit mit Kolloquium beträgt 180 Leistungspunkte. Die Anteile der Prüfungsfächer am Gesamtumfang sind in der Anlage 4 geregelt.

(4) Im letzten Fachsemester ist eine zwölfwöchige Praxisphase eingeordnet. In der Regel ist die Praxisphase in Verbindung mit einer Bachelorarbeit abzuleisten. Näheres regelt die Praxisphasenordnung.

(5) Sofern nicht genügend fachlich geeignete oder von der räumlichen Entfernung her zu-

mutbare Plätze für die Praxisphase zur Verfügung stehen, kann mit Zustimmung des Prüfungsausschusses auf die Praxisphase eine entsprechend qualifizierte Mitwirkung in einem anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Fachhochschule angerechnet werden.

§ 4 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird aus den Mitgliedern des Fachbereichs ein Prüfungsausschuss gebildet. Ihm gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Professorinnen oder Professoren, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und hauptamtlich oder hauptberuflich in der Lehre tätig ist, sowie ein studentisches Mitglied. Ist eine Mitarbeitergruppe nicht vorhanden, fällt dieser Sitz der Professorengruppe zu. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz müssen von Professorinnen oder Professoren ausgeübt werden. Sie und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen zur Wahl vorgeschlagen und durch den Fachbereichsrat gewählt. Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungen nur beratende Stimme.

(2) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfungen sicher. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fachbereich über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform dieser Prüfungsordnung und der Studienordnung.

(3) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter die/der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende und ein weiteres Mitglied der Professorengruppe, anwesend ist.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr.

(5) Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. Die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses sind in der Niederschrift festzuhalten.

(6) Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden übertragen. Die/der Vorsitzende bereitet unter Mitarbeit der

übrigen Mitglieder die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor und führt sie aus. Sie/er berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen als Beobachtende teilzunehmen.

(8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen, Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und die Beisitzerinnen und Beisitzer. Zur Abnahme von Prüfungen werden Mitglieder und Angehörige dieser Hochschule bestellt, die in dem betreffenden Prüfungsfach oder in einem Teilgebiet des Prüfungsfaches zur selbständigen Lehre berechtigt sind. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen können in geeigneten Prüfungsgebieten zur Abnahme von Prüfungen bestellt werden. Zur Prüferin oder zum Prüfer sowie zur Beisitzerin oder zum Beisitzer dürfen nur Personen bestellt werden, die mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation haben. Zur Rolle der Beisitzerin oder des Beisitzers siehe § 9 Abs. 3.

(2) Soweit Prüfungen studienbegleitend durchgeführt werden, ist die verantwortlich lehrende Person Prüferin oder Prüfer § 13 Abs. 1 gilt entsprechend.

(3) Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

(4) Für die Prüfenden und die Beisitzerinnen und Beisitzer gilt § 4 Abs. 8 S. 2, 3 entsprechend.

§ 6 Anrechnung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsfeststellung angerechnet.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in einem anderen Studiengang werden angerechnet, soweit die fachliche Gleichwertigkeit festgestellt ist. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung in

Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für den Zweck der Prüfungen nach § 1 vorzunehmen. Für die Feststellung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Studienganges sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen maßgebend. Soweit Vereinbarungen nicht vorliegen oder eine weitergehende Anrechnung beantragt wird, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Gleichwertigkeit. Zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage kann eine Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden. Abweichende Anrechnungsbestimmungen auf Grund von Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen bleiben unberührt.

(3) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudiengängen gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) Die Noten von angerechneten Studien- und Prüfungsleistungen werden - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(5) Über die Anrechnung entscheidet auf Antrag der Studierenden der Prüfungsausschuss.

§ 7 Zulassung zu Prüfungen

(1) Der Antrag auf Zulassung (Meldung) zu den einzelnen Prüfungsteilen der Bachelorprüfung ist nach näherer Bestimmung des Zweiten Teils schriftlich oder elektronisch beim Prüfungsausschuss oder einer von ihm beauftragten Stelle innerhalb des vom Prüfungsausschuss festzusetzenden Zeitraumes zu stellen. Fristen, die vom Prüfungsausschuss gesetzt sind, können bei Vorliegen triftiger Gründe verlängert oder rückwirkend verlängert werden.

(2) Soweit der Zweite Teil nichts Weiteres oder Abweichendes bestimmt, wird zugelassen, wer ein ordnungsgemäßes Studium im Rahmen des tatsächlichen Lehrangebotes nachweist.

(3) Der Meldung sind, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bei der Hochschule befinden, unbeschadet weiterer Nachweise nach dem Zweiten Teil beizufügen:

- Nachweise nach Abs. 2 und
- eine Erklärung darüber, ob bereits eine Bachelorprüfung oder Teile dieser Prüfung in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik

Deutschland nicht bestanden ist oder endgültig nicht bestanden ist.

Ist es nicht möglich, eine nach S. 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(4) Über die Zulassung zu den Prüfungen entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Zulassung wird versagt, wenn

1. die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind oder
2. die Unterlagen unvollständig sind oder
3. die Bachelorprüfung in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland bereits endgültig nicht bestanden ist.

(5) Die Bekanntgabe der Zulassung einschließlich der Prüfungstermine und der Versagung der Zulassung erfolgt nach § 19.

(6) Der Prüfungsausschuss kann beschließen, dass die Zulassung zur Bachelorprüfung aufgrund der Meldung zum jeweils ersten Prüfungsteil erfolgt und dass zu den jeweils folgenden Prüfungsteilen zugelassen ist, wer sich zu dem betreffenden Prüfungsteil unter Beifügung der vorgeschriebenen ergänzenden Nachweise innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Frist gemeldet hat. Ein Bescheid ergeht in diesem Fall bei den folgenden Prüfungsleistungen nur, wenn die Zulassung zu versagen ist. Dieser Beschluss ist hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

§ 8 Aufbau der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung besteht nach Maßgabe des Zweiten Teils aus den Modulprüfungen und aus der Bachelorarbeit mit Kolloquium.

(2) Eine Modulprüfung setzt sich aus den Prüfungs- und Studienleistungen der nach Anlage 4 dem Modul zugeordneten Lehrveranstaltungen und Studienleistungen zusammen. Sie kann auch aus nur einer Prüfungsleistung bestehen.

(3) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die zugehörigen Prüfungs- und Studienleistungen bestanden sind.

§ 9 Arten der Prüfungsleistungen

(1) Prüfungen können nach Maßgabe des Zweiten Teils durch folgende Arten von Prüfungsleistungen abgelegt werden:

1. Klausur (Abs. 2),
2. Mündliche Prüfung (Abs. 3),
3. Referat (Abs. 4),
4. Hausarbeit (Abs. 5),

5. Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen (Abs. 6),
6. Projektarbeit (Abs. 7).

(2) Eine Klausur ist eine in begrenzter Zeit, mit begrenzten Hilfsmitteln und unter Aufsicht durchzuführende schriftliche Einzelprüfung, in der fachspezifische Fragen zu beantworten oder Aufgaben zu lösen sind. Die Bearbeitungszeit ist in der Anlage 4 festgelegt.

(3) Eine mündliche Prüfung findet vor zwei Prüfenden (Kollegialprüfung) oder einer oder einem sachkundigen Beisitzerin oder Beisitzer als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung statt. Die Dauer der Prüfung beträgt für jede/jeden zu Prüfende/n in der Regel dreißig Minuten. Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer obliegt die Protokollführung. Die Beisitzerin oder der Beisitzer darf den oder die zu Prüfende/n weder befragen noch beurteilen. Ihr/Ihm obliegt im Wesentlichen eine Kontrollfunktion für den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung und die Protokollführung. Im Protokoll sind die wesentlichen Bestandteile der Prüfung, die Beurteilung und die tragenden Erwägungen der Bewertungsentscheidung festzuhalten. Das Protokoll ist von den Personen nach S. 1 zu unterschreiben.

(4) Ein Referat umfasst:

1. eine selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden,
2. die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im mündlichen Vortrag sowie in einer anschließenden Diskussion.

Die Bearbeitungszeit und die Dauer des mündlichen Vortrages legt die/der Prüfende fest, die Bearbeitungsdauer soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(5) Eine Hausarbeit ist eine vertiefte selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden. In geeigneten Fällen können die erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit typischen Weise mündlich erläutert werden. Die Bearbeitungszeit legt die/der Prüfende fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(6) Die Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen umfasst in der Regel:

1. die Beschreibung der Aufgabe und ihrer Abgrenzung,

2. die Erarbeitung theoretischer Voraussetzungen für die Bearbeitung der Aufgabe, insbesondere die Auswahl der geeigneten Methoden unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
3. die Formulierung der verwendeten Algorithmen in einer geeigneten Programmiersprache,
4. das Testen des Programms mit mehreren exemplarischen Datensätzen und das Überprüfen der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit und
5. die Programmdokumentation insbesondere mit Angabe der verwendeten Methoden, des Ablaufplans, des Programmprotokolls (Quellenprogramm) und des Ergebnisprotokolls.

Die Bearbeitungszeit legt die/der Prüfende fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(7) Eine Projektarbeit umfasst insbesondere:

1. die theoretische Vorbereitung des Projekts,
2. den Aufbau und ggf. die Durchführung des Projekts und
3. die schriftliche und mündliche Darstellung der Arbeitsschritte des Projektablaufs und der Ergebnisse des Projekts sowie deren kritische Würdigung.

Die Bearbeitungszeit legt die/der Prüfende fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(8) Die Aufgabe für die Prüfungsleistung wird von den Prüfenden festgelegt. Gibt es für eine Prüfung mehrere Prüfende und können sich diese nicht einigen, legt der Prüfungsausschuss nach den Vorschlägen der Prüfenden die Aufgabe fest. Zu den Prüfungsleistungen nach den Abs. 4 und 5 kann der/dem zu Prüfenden die Gelegenheit gegeben werden, für die Aufgabe Vorschläge zu machen.

(9) Die Studierenden sollen auch befähigt werden, selbständig und im Zusammenwirken mit anderen Personen wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen sowie deren Bedeutung für die Gesellschaft und die berufliche Praxis zu erkennen. Hierzu sollen geeignete Arten von Prüfungsleistungen in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der/des einzelnen zu Prüfenden muss die an die Prüfung zu stellenden Anforderungen erfüllen sowie als individuelle Prüfungsleistung auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein.

(10) Schriftliche Ausarbeitungen zu Prüfungsleistungen sind zusätzlich als Datei im rtf-Format abzugeben.

(11) Der Prüfungsausschuss legt zu Beginn jeden Semesters den Prüfungszeitraum und die Zeitpunkte für die Abnahme der mündlichen Prüfungen und Klausuren fest und informiert die Studierenden rechtzeitig über die Termine. Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Aufgabe nach S. 1 den Prüfenden übertragen. Die Zeitpunkte für die Abnahme von Prüfungen, die in Form anderer Prüfungsarten nach Abs. 1 erbracht werden, legen die Prüfenden fest und informieren die Studierenden und den Prüfungsausschuss rechtzeitig über die Termine.

(12) Macht die/der zu Prüfende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie/er wegen Krankheit oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form abzulegen, kann ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss ermöglicht werden, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dies geschieht nach Rücksprache mit der/dem Prüfenden. Zum Nachweis geltend gemachter Erkrankungen kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden.

§ 10 Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen

Studierende, die sich demnächst der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer bei mündlichen Prüfungen und mündlich abzulegenden Teilen von Prüfungen zuzulassen. Auf Antrag der Studierenden können die Prüfenden auch andere als die genannten Personen als Zuhörer zum Kolloquium zulassen. Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die/den zu Prüfende/Prüfenden. Auf Antrag einer/eines zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen oder Zuhörer nach S. 1 auszuschließen.

§ 11 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" bewertet, wenn die/der zu Prüfende ohne triftige Gründe

1. zu einem Prüfungstermin nicht erscheint oder
2. nach Ablauf der Rücktrittsfrist von der Prüfung zurücktritt oder
3. den Abgabetermin für die schriftliche Ausarbeitung einer Prüfungsleistung nicht einhält oder

4. die Wiederholung einer Prüfungsleistung nicht fristgerecht anmeldet und durchführt.

(2) Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden, andernfalls gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. Bei Krankheit ist unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Werktagen nach dem entsprechenden Prüfungstermin ein ärztliches Attest mit der Angabe der Dauer der Prüfungsunfähigkeit vorzulegen. Auf dem Attest ist zu vermerken, für welche Prüfung oder Prüfungen es eingereicht ist. Auf Verlangen des Prüfungsausschusses ist ein amtsärztliches Zeugnis einzureichen. Werden die Gründe anerkannt, wird für die betreffende Prüfungsleistung ein neuer Termin, in der Regel der nächste reguläre Prüfungstermin, anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsleistungen sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die/der zu Prüfende das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. Wer sich eines Verstoßes gegen die Ordnung der Prüfung schuldig gemacht hat, kann von der jeweiligen aufsichtführenden Person von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet.

§ 12 Freiversuch

(1) Erstmals nicht bestandene Prüfungsleistungen gelten als nicht unternommen, wenn sie spätestens zu dem ersten regulär festgelegten Prüfungstermin abgelegt werden (Freiversuch). Die Prüfungsfristen nach S. 1 werden einmalig bis zum nächsten regulären Prüfungstermin verlängert, wenn triftige Gründe für die Überschreitung der Fristen nachgewiesen werden. § 11 Abs. 1 und 2 gilt entsprechend. Studienzeiten im Ausland sowie Urlaubssemester und Praxisphasen bleiben unberücksichtigt. Innerhalb eines Freiversuchs bestandene Prüfungsleistungen werden berücksichtigt. Für den nicht bestandenen Freiversuch gilt §14 Abs. 3 S.1-3 entsprechend.

(2) Im Rahmen des Freiversuchs bestandene Prüfungsleistungen können zur Notenverbesserung am nächsten regulären Prüfungstermin erneut abgelegt werden. Dabei zählt das jeweils bessere Ergebnis.

(3) Für anerkannte Studien- und Prüfungsleistungen besteht kein Freiversuch.

§ 13 Bewertung der Prüfungsleistungen sowie Bildung der Noten

(1) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden unbeschadet der Regelung in § 9 Abs. 3 S. 1 in der Regel, zumindest aber im Falle der letzten Wiederholungsprüfung von jeweils zwei Prüfenden bewertet. Stellt der Prüfungsausschuss für einen Prüfungstermin fest, dass auch unter Einbeziehung aller gemäß § 5 zur Prüfung Befugten die durch die Bestellung zur Zweitprüferin oder zum Zweitprüfer bedingte Mehrbelastung der einzelnen Prüfenden unter Berücksichtigung ihrer übrigen Dienstgeschäfte unzumutbar ist oder nur eine Prüfende oder ein Prüfender zur Verfügung steht, so kann er zulassen, dass für diesen Prüfungstermin einzelne schriftliche Prüfungsleistungen nur von einer Prüfenden oder einem Prüfenden bewertet werden. Der Beschluss wird vor der Meldung zur Prüfung bekannt gegeben. Schriftliche Prüfungsleistungen sollen spätestens vier Wochen nach der Abgabe bewertet sein.

(2) Für die Bewertung einer Prüfungsleistung sind vorbehaltlich des S. 4 folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3 = sehr gut:
eine besonders hervorragende Leistung,

1,7; 2,0; 2,3 = gut:
eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,

2,7; 3,0; 3,3 = befriedigend:
eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,

3,7; 4,0 = ausreichend:
eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,

5,0 = nicht ausreichend:
eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Ergibt sich die Note als arithmetisches Mittel von Einzelbewertungen, so werden dafür die beiden ersten Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Note lautet dann bei einem Mittel

von 1,00 bis 1,15: 1,0
von 1,16 bis 1,50: 1,3
von 1,51 bis 1,85: 1,7
von 1,86 bis 2,15: 2,0
von 2,16 bis 2,50: 2,3
von 2,51 bis 2,85: 2,7
von 2,86 bis 3,15: 3,0
von 3,16 bis 3,50: 3,3
von 3,51 bis 3,85: 3,7

von 3,86 bis 4,00: 4,0
ab 4,01: 5,0.

Die Prüfungsleistung im Seminar zur Praxisphase wird mit „bestanden“ oder „nicht ausreichend“ bewertet und geht nicht in die Gesamtnote ein.

(3) Die Prüfungsleistung ist vorbehaltlich Abs. 2 S. 4 bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet wird. Bewerten mehrere Prüfende dieselbe Prüfungsleistung, ist sie bestanden, wenn alle sie mit mindestens „ausreichend“ bewerten. In diesem Fall ergibt sich die Note als arithmetisches Mittel. Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend.

(4) Bezieht sich innerhalb eines Moduls eine Prüfungsleistung gem. Anlage 4 auf zwei oder mehr Lehrveranstaltungen, so richtet sich die fächerübergreifende Ausgestaltung und Bewertung nach der Gewichtung der Lehrveranstaltungen nach Leistungspunkten.

(5) Eine Modulprüfung ist vorbehaltlich Abs. 2 S. 4 bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen der Modulprüfung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden (vgl. Anlage 4). Die Modulnote errechnet sich als gewichtetes arithmetisches Mittel der nicht gerundeten Noten der einzelnen Prüfungsleistungen mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten; Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend.

(6) Die Gesamtnote für die Bachelorprüfung wird als gewichtetes arithmetisches Mittel der Modulnoten nach Abs. 5 und der Note für die Bachelorarbeit mit Kolloquium mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten berechnet, Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend. Dabei gehen die Modulnoten und die Note für die Bachelorarbeit mit Kolloquium mit einer Nachkommastelle entsprechend Abs. 2 ein.

(7) Im Zeugnis über die Bachelorprüfung werden die Modulnoten und die Gesamtnote sowohl in Worten als auch in Klammern als Zahl mit einer Nachkommastelle angegeben.

(8) Die an einer ausländischen Hochschule erbrachten Prüfungsleistungen werden nach Fächern spezifiziert und mit der entsprechenden Note gesondert im Zeugnis ausgewiesen. Die Ausweisung der Prüfungsleistungen erfolgt in der Landessprache sowie einer entsprechenden deutschen Übersetzung.

(9) Für die Bewertung einer Prüfungsleistung nach der ECTS- Bewertungsskala sind die folgenden Noten zu verwenden:

ECTS-Note	Prozentsatz der erfolgreichen Studierenden, die diese Note in der Regel erhalten	Definition
A	10	Hervorragend
B	25	Sehr gut
C	30	Gut
D	25	Befriedigend
E	10	Ausreichend
FX, F		Nicht bestanden

§ 14 Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Nicht bestandene Prüfungsleistungen können einmal wiederholt werden, davon unberührt bleibt der Freiversuch gemäß § 12. Wird die Wiederholung der Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet oder gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet und ist eine Wiederholungsmöglichkeit nach Abs. 2 nicht mehr gegeben, ist die Prüfungsleistung „endgültig nicht bestanden“.

(2) Wurde eine schriftliche Prüfungsleistung (§9 Abs. 2, 5, 6) in der letzten Wiederholungsprüfung mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet, hat die/der zu Prüfende Anspruch auf eine mündliche Zusatzprüfung. Die mündliche Zusatzprüfung wird von zwei Prüfenden durchgeführt. Im Übrigen gilt § 9 Abs. 3 entsprechend. Die mündliche Zusatzprüfung findet zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin statt. Die Dauer der mündlichen Zusatzprüfung beträgt in der Regel 20 Minuten. Sie kann von den Prüfenden verlängert werden, wenn noch Zweifel an der abschließenden Bewertung bestehen. Die Prüfenden setzen die Note der Prüfungsleistung unter angemessener Berücksichtigung der schriftlichen Leistung und dem Ergebnis der mündlichen Zusatzprüfung fest. Wurde die Gesamtleistung mit mindestens „ausreichend“ beurteilt, ist die Prüfungsleistung mit der Note „4,0“ zu bewerten. Die mündliche Zusatzprüfung ist ausgeschlossen, wenn die schriftliche Prüfungsleistung nach § 11 mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt.

(3) Wiederholungsprüfungen der Module 1-14 und 19 sind am nächsten regulären Prüfungstermin abzulegen. Dies gilt auch, wenn die Meldung zur Wiederholungsprüfung im Zeitraum des Meldeverfahrens nicht vorgenommen wurde. Bei Versäumnis des Prüfungstermins gilt nach § 11 Abs. 1 bis 3 die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Erfolgt das Versäumnis bei der Wiederholung einer Prüfungsleistung, gilt auch die Bachelorprüfung als „endgültig nicht bestanden“.

(4) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht zulässig (Ausnahme Freiversuch nach § 12).

(5) Im gleichen Studiengang an einer anderen Fachhochschule oder in einem entsprechenden Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erfolglos unternommene Versuche, eine Prüfungsleistung abzulegen, werden auf die Wiederholungsmöglichkeit nach den Abs. 1 und 2 angerechnet.

(6) Eine Wiederholung von Prüfungsleistungen ist im Urlaubssemester sowie in der Praxisphase mit Genehmigung des Prüfungsausschusses möglich.

§ 15 Prüfungen in Wahlpflichtfächern und Wahlfächern

(1) Aus dem vom Fachbereichsrat beschlossenen Wahlpflichtfachkatalog sind von den Studierenden nach Maßgabe des tatsächlichen Lehrangebotes, zwei der in der Anlage 4 vorgesehenen Wahlpflichtfächer auszuwählen. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss auch gleichwertige Fächer aus dem übrigen Lehrangebot der Fachhochschule als Wahlpflichtfächer zulassen, soweit sie nicht ganz oder teilweise Pflichtfächer des eigenen Studienganges sind. Die Modulprüfung „Wahlpflicht“ ist bestanden, wenn die zugehörigen Prüfungsleistungen mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden.

(2) Die Pflichtfächer des Fachbereiches Gesundheitswesen ergänzen den Wahlpflichtfachkatalog aus Abs. 1, sofern sie nicht Pflichtfach des gewählten Studienganges bzw. des gewählten Studienschwerpunktes sind.

(3) Studierende können in weiteren Fächern (Wahlfächer), nach Anmeldung bei den Lehrenden Prüfungen ablegen. Das Ergebnis dieser Prüfungen wird durch die Lehrenden bescheinigt, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen. Auf Antrag der Studierenden wird das Ergebnis von Prüfungen in Wahlfächern in das Zeugnis aufgenommen.

§ 16 Ungültigkeit der Bachelorprüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffende Note entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für „nicht bestanden“ erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der zu Prüfende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich

zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Der/dem zu Prüfenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit dem Prüfungsausschuss zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges Zeugnis oder eine Bescheinigung nach § 27 zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelorurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung auf Grund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 S. 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 17 Einsicht in die Prüfungsakte

(1) Die/der zu Prüfende wird auf Antrag vor Abschluss einer Prüfung über Teilergebnisse unterrichtet.

(2) Der/dem zu Prüfenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder Modulprüfung und der Bachelorprüfung Einsicht in ihre/seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die Bemerkungen der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens ein Jahr nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Prüfung beim Prüfungsausschuss zu stellen. Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 18 Einzelfallentscheidungen, Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und nach § 41 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bekannt zu geben. Gegen diese Entscheidungen kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss nach den §§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung eingelegt werden.

(2) Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss. Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung einer oder eines Prüfenden richtet, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch den Prüfenden zur nochmaligen Überprüfung der Prüfungsleistung zu. Ändern die Prüfenden ihre Entscheidung antragsgemäß, hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung darauf, ob

1. gegen allgemeine Grundsätze der Lebenserfahrung verstoßen,

2. von unrichtigen Voraussetzungen oder sachfremden Erwägungen ausgegangen,
3. gegen allgemein anerkannte Grundsätze verstoßen wurde.

(3) Der Prüfungsausschuss kann für das Widerspruchsverfahren auf Antrag der/des zu Prüfenden eine Gutachterin oder einen Gutachter bestellen. Die Gutachterin oder der Gutachter muss die Qualifikation nach § 5 besitzen. Der/dem zu Prüfenden und der Gutachterin oder dem Gutachter ist vor der Entscheidung nach den Abs. 2 und 4 Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Soweit der Prüfungsausschuss bei einem Verstoß nach Abs. 2 S. 4 dem Widerspruch nicht bereits in diesem Stand des Verfahrens abhilft oder konkrete und substantiierte Einwendungen gegen prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen vorliegen, ohne dass die/der Prüfende ihre oder seine Entscheidung ändert, werden Prüfungsleistungen durch andere, mit der Abnahme dieser Prüfung bisher nicht befasste Prüfende erneut bewertet oder die mündliche Prüfung wiederholt. Der Prüfungsausschuss kann eine Wiederholung der Prüfung durch andere, mit der Abnahme dieser Prüfung bisher nicht befasste Prüfende beschließen.

(5) Über den Widerspruch soll der Prüfungsausschuss innerhalb eines Monats nach Eingang des Widerspruchs entscheiden. Wird der Widerspruch ganz oder teilweise zurückgewiesen, bescheidet die Leitung der Hochschule die Widerspruchsführerin oder den Widerspruchsführer.

(6) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

§ 19 Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss gibt diese Prüfungsordnung hochschulöffentlich bekannt.

(2) Der Prüfungsausschuss kann beschließen, dass die Entscheidungen und andere Maßnahmen, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, insbesondere die Zulassung zur Prüfung, Versagung der Zulassung, Melde- und Prüfungstermine, Prüfungsfristen sowie Prüfungsergebnisse hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt gemacht werden. Dabei sind datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

Zweiter Teil: Bachelorprüfung

§ 20 Art und Umfang

(1) Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus

1. den Modulprüfungen und
2. der Bachelorarbeit mit dem Kolloquium.

(2) Die Modulprüfungen sowie die Art und die Anzahl der ihnen zugeordneten Prüfungsleistungen und die Prüfungsanforderungen sind in der Anlage 4 festgelegt. Die/der Prüfende kann mit Zustimmung des Prüfungsausschusses auch in der Anlage 4 nicht vorgesehene Prüfungsarten nach § 9 vorschreiben. Im Antrag an den Prüfungsausschuss ist darzulegen, in welcher Weise den Anforderungen einer fächerübergreifenden Prüfungsleistung (§ 13 Abs. 4) Rechnung getragen wird. Der Prüfungsausschuss versagt die Zustimmung, wenn die Gleichwertigkeit nicht gewährleistet ist.

§ 21 Zulassung zur Bachelorarbeit

(1) Zur Bachelorarbeit wird zugelassen, wer

1. die Zulassungsvoraussetzungen nach § 7 erfüllt,
2. die Prüfungen der Module 1-18 bestanden und
3. mit der Praxisphase begonnen hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist spätestens zum Zeitpunkt der Ausgabe des Themas der Bachelorarbeit schriftlich beim Prüfungsausschuss zu stellen. Dem Antrag sind, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bei der Hochschule befinden, beizufügen:

1. Nachweise gemäß Abs. 1,
2. ein Vorschlag einer/eines Erstprüfenden und einer/eines Zweitprüfenden,
3. ein Vorschlag für den Themenbereich, dem das Thema für die Bachelorarbeit entnommen werden soll, und eine Erklärung, ob die Bachelorarbeit als Einzel- oder als Gruppenarbeit vergeben werden soll.

Die Studierenden haben bei der Meldung die Nachweise und Mitteilungen einzureichen.

(3) Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Zulassung zur Bachelorarbeit auch dann erteilen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 Nr. 2 noch nicht erfüllt sind. Diese bedingte Zulassung setzt voraus, dass die Erfüllung der noch fehlenden Zulassungsvoraussetzungen ohne Beeinträchtigung der Bachelorarbeit nachgeholt werden kann.

§ 22 Bachelorarbeit

(1) Die Bachelorarbeit ist eine vertiefte selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einer komplexen und fachübergreifenden Themenstellung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden. Thema und Aufgabenstellung der Bachelorarbeit müssen dem Prü-

fungszweck nach § 1 S. 2 und der Bearbeitungszeit nach Abs. 4 entsprechen. Die Art der Aufgabe und die Aufgabenstellung müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen.

(2) Das Thema der Bachelorarbeit kann von jeder und jedem Angehörigen der Professorengruppe des Fachbereichs Gesundheitswesen festgelegt werden. Mit Zustimmung des Prüfungsausschusses kann das Thema auch von einer Professorin oder einem Professor festgelegt werden, die/der nicht Mitglied im Fachbereich Gesundheitswesen ist. In Ausnahmefällen kann das Thema der Bachelorarbeit auch von anderen Prüfenden nach § 5 Abs. 1 S. 2 und 3 nach Genehmigung durch den Prüfungsausschuss festgelegt werden. In diesem Fall muss die/der Zweitprüfende Professorin oder Professor des Fachbereichs Gesundheitswesen sein.

(3) Das Thema wird von der oder dem Erstprüfenden nach Anhörung der/des zu Prüfenden festgelegt. Auf Antrag sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass die/der zu Prüfende rechtzeitig ein Thema erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt über die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Mit der Ausgabe des Themas werden die/der Prüfende, die/der das Thema festgelegt hat (Erstprüfende/Erstprüfender), und die/der Zweitprüfende bestellt. Während der Anfertigung der Arbeit wird die/der zu Prüfende von der/dem Erstprüfenden betreut.

(4) Die Zeit von der Festlegung des Themas durch den Erstprüfer oder die Erstprüferin bis zur Abgabe der Bachelorarbeit beträgt 9 Wochen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 3 Wochen zurückgegeben werden. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag bis zur Gesamtdauer von 18 Wochen verlängern. Die Ausgabe des Themas soll spätestens drei Monate nach Ende des Semesters erfolgen, in dem die letzte Modulprüfung bestanden worden ist.

(5) Die Bachelorarbeit kann in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der/des einzelnen zu Prüfenden muss auf Grund von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein und den Anforderungen nach Abs. 1 entsprechen.

(6) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat die/der zu Prüfende schriftlich zu versichern, dass sie/er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss abzugeben. § 11 Abs. 1 gilt entsprechend. Die Abgabe erfolgt in zwei

schriftlichen Exemplaren und einem geeigneten elektronischen Datenträger. Auf dem Datenträger befindet sich der Text sowie in einer getrennten Datei eine Kurzfassung, jeweils im pdf- und rtf-Format. Wenn keine von der/dem zu Prüfenden und/oder Prüfenden zu beachtende Geheimhaltungspflicht besteht, ist eine Veröffentlichung auf dem FH-Dokumentenserver möglich. Wünscht die/der Studierende eine Veröffentlichung auf dem FH-Dokumentenserver, so muss eine Erklärung hinsichtlich der Bereitschaft zur Veröffentlichung beigefügt werden.

(8) Die Bachelorarbeit soll innerhalb von vier Wochen nach ihrer Abgabe durch die/den Erst- und Zweitprüfer/in nach Abs. 2 vorläufig bewertet sein.

§ 23 Kolloquium

(1) Im Kolloquium hat die/der zu Prüfende in einer Auseinandersetzung über die Bachelorarbeit nachzuweisen, dass sie/er in der Lage ist, fächerübergreifend und problembezogen Fragestellungen aus dem Bereich dieser Fachrichtung selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu bearbeiten und die Arbeitsergebnisse in einem Fachgespräch zu vertiefen.

(2) Voraussetzung für die Zulassung zum Kolloquium ist, dass sämtliche Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 erfüllt sind, das Praxisprojekt mit Erfolg abgeschlossen ist und die Bachelorarbeit von beiden Prüfenden vorläufig mit mindestens „ausreichend“ bewertet ist.

(3) Das Kolloquium wird gemeinsam von den Prüfenden der Bachelorarbeit als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung durchgeführt. Die Dauer des Kolloquiums beträgt in der Regel je zu Prüfenden 30 Minuten. Im Übrigen gelten § 9 Abs. 3 und § 10 entsprechend.

§ 24 Bewertung der Bachelorarbeit mit dem Kolloquium und Bildung der Note

Jede prüfende Person bildet jeweils aus der von ihr gebildeten vorläufigen Note für die Bachelorarbeit und dem Ergebnis des Kolloquiums eine endgültige Note für die Bachelorarbeit mit dem Kolloquium, wobei die Bachelorarbeit doppelt und das Kolloquium einfach zu gewichten sind. § 13 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 25 Wiederholung der Bachelorarbeit mit dem Kolloquium

(1) Wurde die Bachelorarbeit von beiden Prüfenden mit „nicht ausreichend“ bewertet oder lautet die endgültige Note der Bachelorarbeit mit Kolloquium „nicht ausreichend“, kann die Bachelorarbeit oder die Bachelorarbeit mit Kolloquium einmal wiederholt werden. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Eine Rückgabe des Themas bei der Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn von dieser Möglichkeit nicht schon im ersten

Versuch (§ 22 Abs. 4 S. 2) Gebrauch gemacht worden ist.

(2) Das neue Thema der Bachelorarbeit wird in angemessener Frist, in der Regel innerhalb von drei Monaten nach der Bewertung der ersten Arbeit, ausgegeben.

(3) § 14 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 26 Gesamtergebnis der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Modulprüfungen und die Bachelorarbeit mit dem Kolloquium entsprechend den Vorschriften in Anlage 4 jeweils mit mindestens „ausreichend“ bewertet und die Praxisphase nach § 3 Abs. 4 mit Erfolg abgeleistet worden ist.

(2) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich entsprechend § 13 aus dem gewogenen arithmetischen Mittel der Noten für die Modulprüfungen und für die Bachelorarbeit mit dem Kolloquium mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten.

(2) Die Bachelorprüfung ist erstmals nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung oder die Bachelorarbeit mit dem Kolloquium oder eine Prüfungsleistung (mit Ausnahme des Moduls 15) mit „nicht ausreichend“ bewertet ist oder als „nicht ausreichend“ bewertet gilt. Sie ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung, eine Prüfungsleistung (mit Ausnahme des Moduls 15) oder die Bachelorarbeit mit Kolloquium mit „nicht ausreichend“ bewertet ist oder als „nicht ausreichend“ bewertet gilt und eine Wiederholungsmöglichkeit nicht mehr besteht. Für Prüfungsleistungen der Schwerpunkte (Module 16 bis 18) gilt Satz 2 nur, wenn

- die/der zu Prüfende jeweils eine Prüfungsleistung in allen Schwerpunkten endgültig nicht bestanden oder
- die/der zu Prüfende nicht bis zum Ende der Anmeldefrist des nächsten Prüfungszeitraumes nach Bekanntgabe der endgültigen nicht bestandenen und nicht wiederholbaren Prüfungsleistung einen Schwerpunkt wählt, in dem sie/er noch keine Prüfungsleistung endgültig nicht bestanden hat.

§ 27 Zeugnisse und Bescheinigungen

(1) Nach Vorliegen sämtlicher Voraussetzungen ist über die bestandene Bachelorprüfung unverzüglich jeweils ein Zeugnis nach Anlage 2, eine Urkunde nach Anlage 1 sowie ein Diploma Supplement nach Anlage 3 auszustellen. Als Datum des Zeugnisses wird der Tag angegeben, an dem das Kolloquium bestanden wurde.

(2) Zusätzlich zur Abschlussnote wird eine Einstufung nach relativer ECTS-Bewertung vorgenommen, sobald entsprechende Daten zur Verfügung stehen.

(3) Ist die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, erteilt der Prüfungsausschuss der/dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Beim Verlassen der Hochschule oder beim Wechsel des Studienganges wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Bewertung enthält. Im Fall von Abs. 2 wird die Bescheinigung ohne Antrag ausgestellt; sie muss die noch fehlenden Prüfungsleistungen ausweisen und erkennen lassen, dass die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist. Auf Antrag wird eine weitere Bescheinigung ausgestellt, die lediglich die bewerteten Prüfungsleistungen ausweist.

(5) Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Fachhochschule zu versehen. Das Zeugnis über die Bachelorprüfung und die Urkunde werden von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben, die Bachelorurkunde zusätzlich von der Dekanin oder dem Dekan.

Dritter Teil: Schlussvorschriften

§ 28 Übergangsvorschriften

Bis zum Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung gilt die „Vorläufige Bachelorprüfungsordnung für den Studiengang „Management im Gesundheitswesen“.

§ 29 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Hochschule in Kraft.

Anlage 1: Muster der Bachelorurkunde



Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fachbereich Gesundheitswesen
am Hochschulstandort Wolfsburg

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fachbereich Gesundheitswesen

verleiht mit dieser Urkunde

Frau/Herrn *)

geb. am in,
den Hochschulgrad

Bachelor of Arts (abgekürzt: B.A.)

nachdem sie/er *) die Bachelorprüfung
im Studiengang *)
am bestanden hat.

(Siegel der Hochschule)

....., den
(Ort) (Datum)

.....
Dekanin/Dekan

.....
Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

*) Zutreffendes einsetzen.

Anlage 2: Muster des Bachelorzeugnisses

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fachbereich Gesundheitswesen

Zeugnis über die Bachelorprüfung

Frau/Herr *)
geboren am

hat die Bachelorprüfung im Studiengang

mit dem Studienschwerpunkt..... *)

mit der Gesamtnote bestanden. **)

Modulprüfungen: (Prüfungsleistungen)	Noten **)	ECTS Punkte
.....

Bachelorarbeit mit Kolloquium über das Thema *)

Note

..... , den
(Ort) (Datum)

(Siegel der Hochschule)
Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

*) Zutreffendes einsetzen.

**) Notenstufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend.

[Zusätzlich wird gemäß § 13 Abs. 7 in Klammern die Note als Zahl angegeben.]

Anlage 3: Muster des Diploma Supplement
Diploma Supplement - englisch



**Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel**
University of Applied Sciences

This Diploma supplement model was developed by the European Commission, Council of Europe and UNESCO/CEPES. The purpose of the supplement is to provide sufficient independent data to improve the international 'transparency' and fair academic and professional recognition of qualifications (diplomas, degrees, certificates, etc.). It is designed to provide a description of the nature, level, context, content and status of the studies that were pursued and successfully completed by the individual named on the original qualification to which this supplement is appended. It should be free from any value judgements, equivalence statements or suggestions about recognition. Information in all eight sections should be provided. Where information is not provided, an explanation should give the reason why.

HOLDER OF THE QUALIFICATION

1.1 Family Name / 1.2 First Name

1.2 Date, Place, Country of Birth

1.3 Student ID Number or Code

2. QUALIFICATION

2.1 Name of Qualification (full, abbreviated; in original language)

Bachelor of Arts – B.A. –

Title conferred (full, abbreviated; in original language)

Bachelor of Arts – B.A. –

2.2 Main Field(s) of Study

Health Care Management

2.3 Institution Awarding the Qualification (in original language)

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fachbereich Gesundheitswesen

Status (Type / Control)

University of Applied Sciences / State Institution

2.4 Institution Administering Studies (in original language)

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fachbereich Gesundheitswesen

Status (Type / Control)

University of Applied Sciences / State Institution

2.5 Language(s) of Instruction/Examination

German

Certification Date:

Chairman examination committee

3. LEVEL OF THE QUALIFICATION

3.1 Level

First degree (three years), single subject, with thesis

3.2 Official Length of Program

Three years

3.3 Access Requirements

Higher Education Entrance Qualification (HEEQ); General or Specialized or HEEQ for UAS, cf. Sect 8.7., or foreign equivalent

4. CONTENTS AND RESULTS GAINED

4.1 Mode of Study

Full time

4.2 Program Requirements

Teaching and practice of application-oriented knowledge in business administration are in the center of this course of study. Essential basic skills in economic thinking and decision making supplement this study programme. In addition, the specifics and latest developments in the market sector of health care are covered. This is reflected in the interdisciplinary courses offered in the fields of health sciences, law, medicine and computer science.

Furthermore, the course of study stimulates and develops the students' management skills and key qualifications by offering specific seminars, e. g. conceiving and writing scientific papers as well as negotiating and communication proficiency. Specific forms of learning, like team projects and lectures combined with seminar-like teaching, help students develop these skills.

During the course of study, students may specialize in the management of institutions and businesses in parts of the health care market:

- hospitals and health care institutions
- health insurance
- pharmaceutical industry and trade

In addition, acquiring in-depth knowledge in selected areas is possible in compulsory optional courses.

A 12 weeks practice phase is integrated in the course of study that helps students apply and further develop the acquired knowledge.

4.3 Program Details

Scope of seminar lectures (modules),

- Business Management
- Health Sciences
- Economics
- Accounting
- Law
- Mathematics
- Statistics
- Informatics

4.4 Grading Scheme

General grading scheme cf. Sec. 8.6

4.5 Overall Classification (in original language)

Durchschnittsnote

Certification Date:

Chairman of Examination committee

5. FUNCTION OF THE QUALIFICATION

5.1 Access to Further Study

Qualifies to apply for admission to graduate study programs

5.2 Professional Status

The qualification entitles its holder to apply for the higher level of professions in Public Service ("gehobener Dienst"). This qualification also gives access to a successful job in lower and middle management.

6. ADDITIONAL INFORMATION

6.1 Additional Information

There is a committee for this course of study consisting of employers of health facilities and employers of this institution. This committee gives advice to this course of study. There is also a cooperation with the Instituto de Estudios Superiores Kassandra (IESKA) in Barcelona (Spain).

6.2 Further Information Sources

Further Information on this course may be obtained via the Internet:

www.fh-wolfenbuettel.de/fbg.

For national information sources cf. Sec. 8.

7. CERTIFICATION

This Diploma Supplement refers to the following original documents:

Urkunde vom:

Zeugnis vom:

Transcript vom:

Certification Date:

Chairman of Examination committee

(Official Stamp/Seal)

8. INFORMATION ON THE GERMAN HIGHER EDUCATION SYSTEM¹

8.1 Types of Institutions and Institutional Control

Higher education (HE) studies in Germany are offered at three types of Hochschulen²

- Universitäten (Universities), including various specialized institutions, comprise the whole range of academic disciplines. In the German tradition, universities are also institutional foci of, in particular, basic research, so that advanced stages of study have strong theoretical orientations and research-oriented components.
- Fachhochschulen (Universities of Applied Sciences): Programs concentrate in engineering and other technical disciplines, business-related studies, social work, and design areas. The common mission of applied research and development implies a distinct application-oriented focus and Professional character of studies, which include one or two Semesters of integrated and supervised work assignments in industry, enterprises or other relevant institutions. 8.3
- Kunst- and Musikhochschulen (Colleges of Art/Music, etc.) offer graduate studies for artistic careers in fine arts, performing arts and music; in such fields as directing, production, writing in theatre, film, and other media; and in a variety of design areas, architecture, media and communication.

HE institutions are either state or state-recognized institutions. In their operations, including the organization of studies and the designation and award of degrees, they are both subject to HE legislation.

8.2 Types of programs and degrees awarded

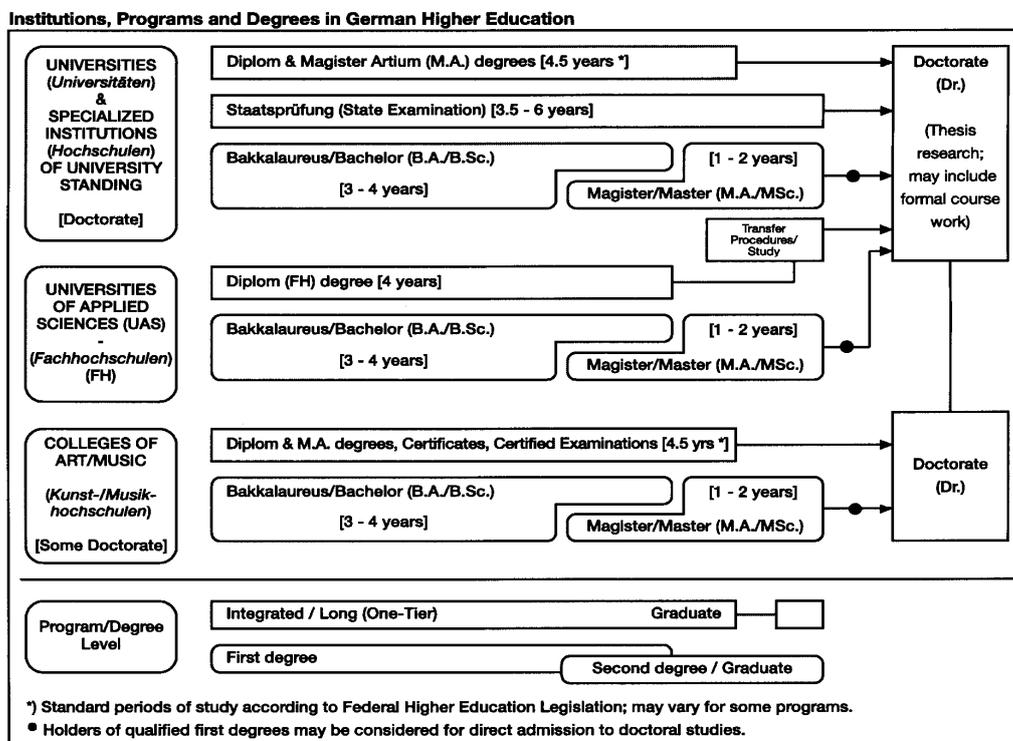
- Studies in all three types of institutions are traditionally offered in integrated "long" (one-tier) programs leading to Diplom- or Magister Artium degrees or completion by a Staatsprüfung (State Examination).

- In 1998, a new scheme of first- and second-level degree programs (Bakkalaureus/Bachelor and Magister/Master) was introduced to be offered parallel to or in lieu of established integrated "long" programs. While these programs are designed to provide enlarged variety and flexibility to students in planning and pursuing educational objectives, they enhance also international compatibility of studies.

- For details cf. Sec. 8.41 and Sec. 8.42, respectively. Table I provides a synoptic summary.

8.3 Approval/Accreditation of Programs and Degrees

To ensure quality and comparability of qualifications, the organization of studies and general degree requirements have to conform to principles and regulations jointly established Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany (KMK) and the Association of German Universities and other Higher Education Institutions (HRK). In 1999, a System of accreditation for programs of study has become operational under the control of an Accreditation Council at national level. Programs and qualifications accredited under this scheme are designated accordingly in the Diploma Supplement.



¹ The information covers only aspects directly relevant to purposes of Diploma Supplement. All Information as of 1 Jan 2000.

²Hochschule is the generic term for higher education institutions.

8.4 Organization of Studies

8.4.1. Integrated "Long" Programs (One-Tier):

Diplom degrees, Magister Artium, Staatsprüfung

Studies are either mono-disciplinary (single subject, Diplom degrees, most programs completed by a Staatsprüfung) or comprise a combination of either two major or one major and two minor fields (Magister Artium). As common characteristics, in the absence of intermediate (first-level) degrees, Studies are divided into two stages. The first stage (1.5 to 2 years) focuses - without any components of general education - on broad orientations and foundations of the field(s) of study including propaedeutical subjects. An Intermediate Examination (Diplom-Vorprüfung for Diplom degrees; Zwischenprüfung or credit requirements for the M. A.) is prerequisite to enter the second stage of advanced studies and specializations. Degree requirements always include Submission of a thesis (up to 6 months duration) and comprehensive final written and oral examinations. Similar regulations apply to studies leading to a Staatsprüfung.

- Studies at Universities last usually 4.5 years (Diplom degree, Magister Artium) or 3.5 to 6 years (Staatsprüfung). The Diplom degree is awarded in engineering disciplines, the exact/natural and economic sciences. In the humanities, the corresponding degree is usually the Magister Artium (M.A.). In the social sciences, the practice varies as a matter of institutional traditions. Studies preparing for the legal, medical, pharmaceutical and teaching professions are completed by a Staatsprüfung.

- The three qualifications are academically equivalent. As the final (and only) degrees offered in these programs at graduate-level, they qualify to apply for admission to doctoral studies, cf. See. 8.5.

- Studies at Fachhochschulen (FH) /Universities of Applied Sciences (UAS) last 4 years and lead to a Diplom (FH) degree. While the F//UAS are non-doctorate granting institutions, qualified graduates may pursue doctoral work at doctorate-granting institutions, cf. See. 8.5.

- Studies at Kunst- and Musikhochschulen (Colleges of Art/Music, etc.) are more flexible in their Organization, depending on the field and individual objectives. In addition to Diplom/Magister degrees, awards include Certificates and Certified Examinations for specialized areas and Professional purposes.

8.4.2 First/Second Degree Programs (Two-tier):

Bakkalaureus/Bachelor, Magister/Master degrees

These programs apply to all three types of institutions. Their Organization makes use of credit point Systems and modular components. First degree programs (3 to 4 years) lead to Bakkalaureus/Bachelor degrees (B.A., B.Sc.). Graduate second degree programs (1 to 2 years) lead to Magister/Master degrees (M.A., M.Sc.). Both may be awarded in dedicated form to indicate particular specializations or applied/professional orientations (B./M. of ... ; B.A., B.Sc. or M.A., M.Sc. in ...). All degrees include a thesis requirement.

8.5 Doctorate

Universities, most specialized institutions and some Colleges of Art/Music are doctorate-granting institutions. Formal prerequisite for admission to doctoral work is a qualified Diplom or Magister/Master degree, a Staatsprüfung, or a foreign equivalent. Admission further requires the acceptance of the Dissertation research project by a Supervisor. Holders of a qualified Diplom (FH) degree or other first degrees may be admitted for doctoral studies with specified additional requirements.

8.6 Grading Scheme

The grading scheme usually comprises five levels (with numerical equivalents; intermediate grades may be given): "Sehr Gut" (1) = Very Good; "Gut" (2) = Good; "Befriedigend" (3) = Satisfactory; "Ausreichend" (4) = Sufficient; "Nicht ausreichend" (5) = Non-Sufficient/Fail. The minimum passing grade is "Ausreichend" (4). Verbal designations of grades may vary in some cases and for doctoral degrees. Some institutions may also use the ECTS grading scheme.

8.7 Access to Higher Education

The General Higher Education Entrance Qualification (Allgemeine Hochschulreife, Abitur) after 12 to 13 years of schooling gives access to all higher education studies. Specialized variants (Fachgebundene Hochschulreife) allow for admission to particular disciplines. Access to Fachhochschulen/(VAS) is also possible after 12 years (Fachhochschulreife). Admission to Colleges of Art/Music may be based on other or require additional evidence demonstrating individual aptitude.

8.8 National Sources of Information

- Kultusministerkonferenz (KMK) [Standing Conference of Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany] -Lennestrasse 6, D-53113 Bonn; Fax: +49/[0]228/501-229; with

- Central Office for Foreign Education (ZaB) as German NARIC and ENIC; www.kmk.org; E-Mail: zab@kmk.org

- "Documentation and Educational Information Service" as German EURYDICE-Unit, providing the national dossier on the education System (EURYBASE, annual Update, www.eurydice.org; E-Mail eurydice@kmk.org).

- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) [Association of German Universities and other Higher Education Institutions]. Its "Higher Education Compass" (www.higher-education-compass.hrk.de) features comprehensive information on institutions, programs of study, etc. Ahrstrasse 39, D-53175 Bonn; Fax: +49/[0]228 / 887-210; E-Mail: sekr@hrk.de

Diploma Supplement - deutsch



**Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel**
University of Applied Sciences

Diploma Supplement

Diese Diploma Supplement-Vorlage wurde von der Europäischen Kommission, dem Europarat und UNESCO/CEPES entwickelt. Das Diploma Supplement soll hinreichende Daten zur Verfügung stellen, die die internationale Transparenz und angemessene akademische und berufliche Anerkennung von Qualifikationen (Urkunden, Zeugnisse, Abschlüsse, Zertifikate, etc.) verbessern. Das Diploma Supplement beschreibt Eigenschaften, Stufe, Zusammenhang, Inhalte sowie Art des Abschlusses des Studiums, das von der in der Originalurkunde bezeichneten Person erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Originalurkunde muss diesem Diploma Supplement beigelegt werden. Das Diploma Supplement sollte frei sein von jeglichen Werturteilen, Äquivalenzaussagen oder Empfehlungen zur Anerkennung. Es sollte Angaben in allen acht Abschnitten enthalten. Wenn keine Angaben gemacht werden, sollte dies durch eine Begründung erläutert werden.

1. Inhaber der Qualifikation

1.1 Familienname / 1.2 Vorname

1.3 Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland

1.4 Matrikelnummer oder Code des/der Studierenden

2. Angaben zur Qualifikation

2.1 Bezeichnung der Qualifikation (ausgeschrieben, abgekürzt)

Bachelor of Arts – B.A. –

Bezeichnung des Titels (ausgeschrieben, abgekürzt)

Bachelor of Arts – B.A. –

2.2 Hauptstudienfach

Management im Gesundheitswesen

2.3 Name der Einrichtung, die die Qualifikation verliehen hat

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Fachbereich Gesundheitswesen

Status (Typ / Trägerschaft)

Fachhochschule, staatlich

2.4 Name der Einrichtung, die den Studiengang durchgeführt hat

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Fachbereich Gesundheitswesen

Status (Typ / Trägerschaft)

Fachhochschule, staatlich

2.5 Im Unterricht / in der Prüfung verwendete Sprache

Deutsch

Datum der Zertifizierung:

Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

3. Angaben zur Ebene der Qualifikation

3.1 Ebene der Qualifikation

Bachelor, 3 Jahre, Bachelorarbeit

3.2 Dauer des Studiums (Regelstudienzeit)

Drei Jahre

3.3 Zugangsvoraussetzung(en)

Abitur / Allgemeine / Fachgebundene Hochschulreife

4. Angaben zum Inhalt und zu den erzielten Ergebnissen

4.1 Studienform

Vollzeitstudium

4.2 Anforderungen des Studiengangs/Qualifikationsprofil des/der Absolventen

Im Mittelpunkt des Studiengangs steht die Vermittlung und Erprobung anwendungsbezogener betriebswirtschaftlicher Kenntnisse. Ergänzt wird das diesbezügliche Lehrangebot zum einen durch die Vermittlung essentieller Grundlagenkompetenzen zum ökonomischen Denken und Handeln. Zum anderen wird die Bezugnahme auf den Gegenstand, die Besonderheiten sowie auf aktuelle Entwicklungen im Bereich des Marktsektors „Gesundheitswesen“ erarbeitet. Dieses spiegelt sich in dem interdisziplinären Angebot auf dem Gebiet der Gesundheitswissenschaften, Rechtswissenschaften, Medizin und Informatik wider.

Zudem schließt der Studiengang die Förderung und Entwicklung der Management- und Schlüsselqualifikationen durch das Angebot spezifischer Lehrveranstaltungen (z. B. Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten sowie Verhandlungsführung und Kommunikation) sowie durch die Anwendung spezifischer Arbeitsformen (z. B. Gruppenarbeit) und Lehrmethodik (beispielsweise Vorlesung mit seminaristischen Anteilen) ein.

Im Verlauf des Studiums können sich die Studenten auf das Management von Einrichtungen und Unternehmen einer Teilbranche des Gesundheitswesens spezialisieren:

- Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen
- Krankenversicherungen
- Pharmazeutische Industrie und Arzneimittelhandel

Des Weiteren ist die Vertiefung von Kenntnissen in ausgewählten Gebieten im Rahmen des Wahlpflichtbereiches möglich.

In das Studium ist eine 12-wöchige Praxisphase integriert, in der die erworbenen Kenntnisse in der Praxis angewandt und vertieft werden.

4.3 Einzelheiten zum Studiengang

Wichtige Lehrinhalte (Module):

- Betriebswirtschaft
- Gesundheitswissenschaften
- Volkswirtschaft
- Rechnungswesen
- Recht
- Mathematik
- Statistik
- Informatik

4.4 Notensystem

vgl. Abschnitt 8.6

4.5 Gesamtnote

Durchschnittsnote

5. Angaben zum Status der Qualifikation

5.1 Zugang zu weiteren Studien

Der Abschluss entspricht dem eines 3 jährigen Bachelorstudiengangs

5.2 Beruflicher Status

Der Abschluss ermöglicht der/dem Inhaberin/Inhaber den Zugang zum gehobenen öffentlichen Dienst. Zudem erlaubt dieser Abschluss den Zugang zum unteren und mittleren Management.

6. Weitere Angaben

6.1 Weitere Angaben

Ein Beirat aus Vertretern der Fachhochschule und Vertretern von Einrichtungen des Gesundheitswesens trifft sich regelmäßig um über neue Ideen und Anpassungen des Studiums an neue Anforderungen zu beraten. Zudem besteht eine Kooperation mit dem Instituto de Estudios Superiores Kassandra (IESKA) in Barcelona (Spanien).

6.2 Informationsquellen für ergänzende Angaben

Weiter Informationen über den Studiengang erhält man über das Internet:

www.fh-wolfenbuettel.de/fbg.

Informationen über nationale Besonderheiten vgl. Abschnitt 8.

7. Zertifizierung

Dieses Diploma Supplement nimmt Bezug auf folgende Originaldokumente:

Urkunde vom:

Zeugnis vom:

Transcript vom:

Datum der Zertifizierung:

Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

Offizieller Stempel/Siegel

8. Informationen zum Hochschulsystem in Deutschland¹

8.1 Die unterschiedlichen Hochschulen und ihr institutioneller Status

Die Hochschulausbildung wird in Deutschland von drei Arten von Hochschulen angeboten.²

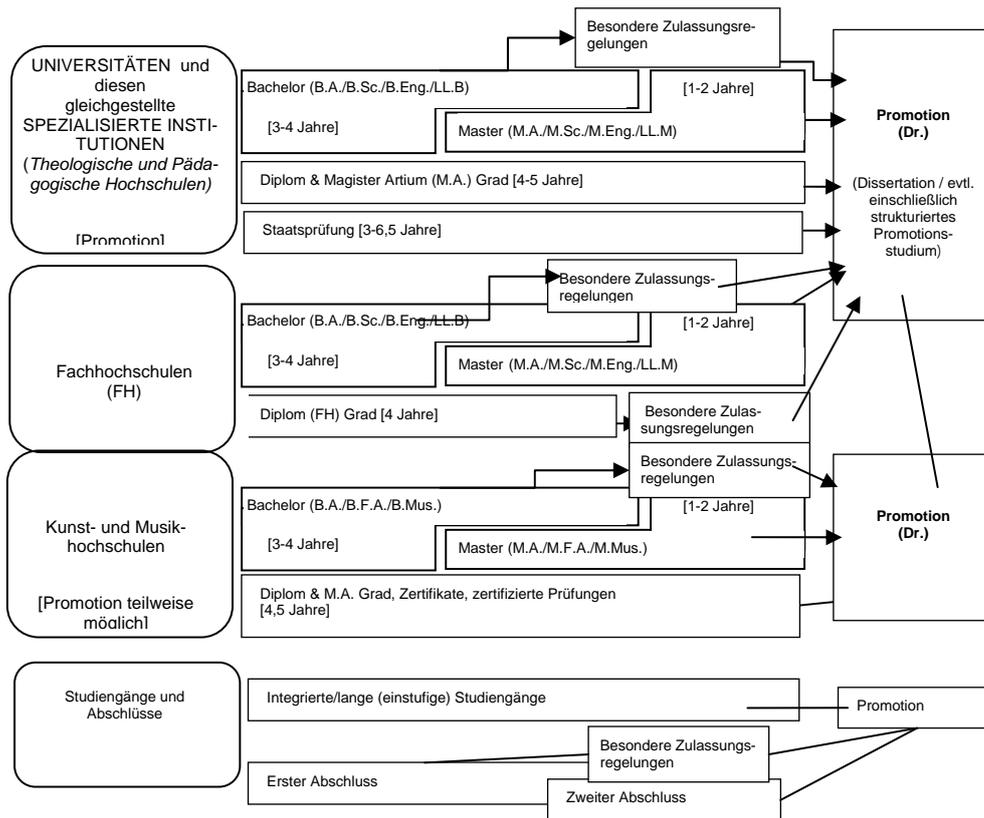
- *Universitäten*, einschließlich verschiedener spezialisierter Institutionen, bieten das gesamte Spektrum akademischer Disziplinen an. Traditionell liegt der Schwerpunkt an deutschen Universitäten besonders auf der Grundlagenforschung, so dass das fortgeschrittene Studium vor allem theoretisch ausgerichtet und forschungsorientiert ist.

- *Fachhochschulen* konzentrieren ihre Studienangebote auf ingenieurwissenschaftliche und technische Fächer, wirtschaftswissenschaftliche Fächer, Sozialarbeit und Design. Der Auftrag von angewandter Forschung und Entwicklung impliziert einen klaren praxisorientierten Ansatz und eine berufsbezogene Ausrichtung des Studiums, was häufig integrierte und begleitete Praktika in Industrie, Unternehmen oder anderen einschlägigen Einrichtungen einschließt.

- *Kunst- und Musikhochschulen* bieten Studiengänge für künstlerische Tätigkeiten an, in Bildender Kunst, Schauspiel und Musik, in den Bereichen Regie, Produktion und Drehbuch für Theater, Film und andere Medien sowie in den Bereichen Design, Architektur, Medien und Kommunikation.

Hochschulen sind entweder staatliche oder staatlich anerkannte Institutionen. Sowohl in ihrem Handeln einschließlich der Planung von Studiengängen als auch in der Festsetzung und Zuerkennung von Studienabschlüssen unterliegen sie der Hochschulgesetzgebung.

Abb. 1: Institutionen, Studiengänge und Abschlüsse im Deutschen Hochschulsystem



8.2 Studiengänge und -abschlüsse

In allen drei Hochschultypen wurden die Studiengänge traditionell als integrierte „lange“ (einstufige) Studiengänge angeboten, die entweder zum Diplom oder zum Magister Artium führen oder mit einer Staatsprüfung abschließen.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird das einstufige Studiensystem sukzessive durch ein zweistufiges ersetzt. Seit 1998 besteht die Möglichkeit, parallel zu oder anstelle von traditionellen Studiengängen gestufte Studiengänge (Bachelor und Master) anzubieten. Dies soll den Studierenden mehr Wahlmöglichkeiten und Flexibilität beim Planen und Verfolgen ihrer Lernziele bieten, sowie Studiengänge international kompatibler machen.

Einzelheiten s. Abschnitte 8.4.1, 8.4.2 bzw. 8.4.3 Tab. 1 gibt eine zusammenfassende Übersicht.

8.3 Anerkennung/Akkreditierung von Studiengängen und Abschlüssen

Um die Qualität und die Vergleichbarkeit von Qualifikationen sicher zu stellen, müssen sich sowohl die Organisation und Struktur von Studiengängen als auch die grundsätzlichen Anforderungen an Studienabschlüssen an den Prinzipien und Regelungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) orientieren.³ Seit 1999 existiert ein bundesweites Akkreditierungssystem für Studiengänge unter der Aufsicht des Akkreditierungsrates, nach dem alle neu eingeführten Studiengänge akkreditiert werden. Akkreditierte Studiengänge sind berechtigt, das Qualitätssiegel des Akkreditierungsrates zu führen.⁴

¹ Die Information berücksichtigt nur die Aspekte, die direkt das Diploma Supplement betreffen. Informationsstand 1.7.2005.

² Berufsakademien sind keine Hochschulen, es gibt sie nur in einigen Bundesländern. Sie bieten Studiengänge in enger Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen an. Studierende erhalten einen offiziellen Abschluss und machen eine Ausbildung im Betrieb. Manche Berufsakademien bieten Bachelorstudiengänge an, deren Abschlüsse einem Bachelorgrad einer Hochschule gleichgestellt werden können, wenn sie von einer deutschen Akkreditierungsagentur akkreditiert sind.

³Ländergemeinsame Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 21.4.2005).

⁴ „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“, in Kraft getreten am 26.02.05, GV. NRW. 2005, Nr. 5, S. 45, in Verbindung mit der Vereinbarung der Länder zur Stiftung „Stiftung: Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004).

8.4 Organisation und Struktur der Studiengänge

Die folgenden Studiengänge können von allen drei Hochschultypen angeboten werden. Bachelor- und Masterstudiengänge können nacheinander, an unterschiedlichen Hochschulen, an unterschiedlichen Hochschultypen und mit Phasen der Erwerbstätigkeit zwischen der ersten und der zweiten Qualifikationsstufe studiert werden. Bei der Planung werden Module und das Europäische System zur Akkumulati- on und Transfer von Kreditpunkten (ECTS) verwendet, wobei einem Semester 30 Kreditpunkte entsprechen.

8.4.1 Bachelor

In Bachelorstudiengängen werden wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualifikationen vermittelt. Der Bachelorabschluss wird nach 3 bis 4 Jahren vergeben.

Zum Bachelorstudiengang gehört eine schriftliche Abschlussarbeit. Studiengänge, die mit dem Bachelor abgeschlossen werden, müssen gemäß dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland akkreditiert werden.¹

Studiengänge der ersten Qualifikationsstufe (Bachelor) schließen mit den Graden Bachelor of Arts (B.A.), Bachelor of Science (B.Sc.), Bachelor of Engineering (B.Eng.), Bachelor of Laws (LL.B.), Bachelor of Fine Arts (B.F.A.) oder Bachelor of Music (B.Mus.) ab.

8.4.2 Master

Der Master ist der zweite Studienabschluss nach weiteren 1 bis 2 Jahren. Masterstudiengänge sind nach den Profiltypen „stärker anwendungsorientiert“ und „stärker forschungsorientiert“ zu differenzieren. Die Hochschulen legen für jeden Masterstudiengang das Profil fest.

Zum Masterstudiengang gehört eine schriftliche Abschlussarbeit. Studiengänge, die mit dem Master abgeschlossen werden, müssen gemäß dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland akkreditiert werden.²

Studiengänge der zweiten Qualifikationsstufe (Master) schließen mit den Graden Master of Arts (M.A.), Master of Science (M.Sc.), Master of Engineering (M.Eng.), Master of Laws (LL.M.), Master of Fine Arts (M.F.A.) oder Master of Music (M.Mus.) ab. Weiterbildende Masterstudiengänge, sowie solche, die inhaltlich nicht auf den vorangegangenen Bachelorstudiengang aufbauen können andere Bezeichnungen erhalten (z. B. MBA).

8.4.3 Integrierte „lange“ einstufige Studiengänge: Diplom, Magister Artium, Staatsprüfung

Ein integrierter Studiengang ist entweder mono-disziplinär (Diplomabschlüsse und die meisten Staatsprüfungen) oder besteht aus einer Kombination von entweder zwei Hauptfächern oder einem Haupt- und zwei Nebenfächern (Magister Artium). Das Vorstudium (1,5 bis 2 Jahre) dient der breiten Orientierung und dem Grundlagenwerb im jeweiligen Fach. Eine Zwischenprüfung (bzw. Vordiplom) ist Voraussetzung für die Zulassung zum Hauptstudium, d.h. zum fortgeschrittenen Studium und der Spezialisierung. Voraussetzung für den Abschluss sind die Vorlage einer schriftlichen Abschlussarbeit (Dauer bis zu 6 Monaten) und umfangreiche schriftliche und mündliche Abschlussprüfungen. Ähnliche Regelungen gelten für die Staatsprüfung. Die erworbene Qualifikation entspricht dem Master.

- Die Regelstudienzeit an *Universitäten* beträgt bei integrierten Studiengängen 4 bis 5 Jahre (Diplom, Magister Artium) oder 3 bis 6,5 Jahre (Staatsprüfung). Mit dem Diplom werden ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge abgeschlossen. In den Geisteswissenschaften ist der entsprechende Abschluss in der Regel der Magister Artium (M.A.). In den Sozialwissenschaften variiert die Praxis je nach Tradition der jeweiligen Hochschule. Juristische, medizinische, pharmazeutische und Lehramtsstudiengänge schließen mit der Staatsprüfung ab.

Die drei Qualifikationen (Diplom, Magister Artium und Staatsprüfung) sind akademisch gleichwertig. Sie bilden die formale Voraussetzung zur Promotion. Weitere Zulassungsvoraussetzungen können von der Hochschule festgelegt werden, s. Abschnitt 8.5.

- Die Regelstudienzeit an *Fachhochschulen* (FH) beträgt bei integrierten Studiengängen 4 Jahre und schließt mit dem Diplom (FH) ab. Fachhochschulen haben kein Promotionsrecht; qualifizierte Absolventen können sich für die Zulassung zur Promotion an promotionsberechtigten Hochschulen bewerben, s. Abschnitt 8.5.

- Das Studium an *Kunst- und Musikhochschulen* ist in seiner Organisation und Struktur abhängig vom jeweiligen Fachgebiet und der individuellen Zielsetzung. Neben dem Diplom- bzw. Magisterabschluss gibt es bei integrierten Studiengängen Zertifikate und zertifizierte Abschlussprüfungen für spezielle Bereiche und berufliche Zwecke.

8.5 Promotion

Universitäten sowie gleichgestellte Hochschulen und einige Kunst- und Musikhochschulen sind promotionsberechtigt. Formale Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion ist ein qualifizierter Masterabschluss (Fachhochschulen und Universitäten), ein Magisterabschluss, ein Diplom, eine Staatsprüfung oder ein äquivalenter ausländischer Abschluss. Besonders qualifizierte Inhaber eines Bachelorgrades oder eines Diplom (FH) können ohne einen weiteren Studienabschluss im Wege eines Eignungsfeststellungsverfahrens zur Promotion zugelassen werden. Die Universitäten bzw. promotionsberechtigten Hochschulen regeln sowohl die Zulassung zur Promotion als auch die Art der Eignungsprüfung. Voraussetzung für die Zulassung ist außerdem, dass das Promotionsprojekt von einem Hochschullehrer als Betreuer angenommen wird.

8.6 Benotungsskala

Die deutsche Benotungsskala umfasst üblicherweise 5 Grade (mit zahlenmäßigen Entsprechungen; es können auch Zwischennoten vergeben werden): „Sehr gut“ (1), „Gut“ (2), „Befriedigend“ (3), „Ausreichend“ (4), „Nicht ausreichend“ (5). Zum Bestehen ist mindestens die Note „Ausreichend“ (4) notwendig. Die Bezeichnung für die Noten kann in Einzelfällen und für den Doktorgrad abweichen.

Außerdem verwenden Hochschulen zum Teil bereits die ECTS-Benotungsskala, die mit den Graden A (die besten 10%), B (die nächsten 25%), C (die nächsten 30%), D (die nächsten 25%) und E (die nächsten 10%) arbeitet.

8.7 Hochschulzugang

Die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) nach 12 bis 13 Schuljahren ermöglicht den Zugang zu allen Studiengängen. Die Fachgebundene Hochschulreife ermöglicht den Zugang zu bestimmten Fächern. Das Studium an Fachhochschulen ist auch mit der Fachhochschulreife möglich, die in der Regel nach 12 Schuljahren erworben wird. Der Zugang zu Kunst- und Musikhochschulen kann auf der Grundlage von anderen bzw. zusätzlichen Voraussetzungen zum Nachweis einer besonderen Eignung erfolgen.

Die Hochschulen können in bestimmten Fällen zusätzliche spezifische Zulassungsverfahren durchführen.

8.8 Informationsquellen in der Bundesrepublik

- Kultusministerkonferenz (KMK) (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland); Lennéstr. 6, D-53113 Bonn; Fax: +49(0)228/501-229; Tel.: +49(0)228/501-0
- Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZaB) als deutsche NARIC; www.kmk.org; E-Mail: zab@kmk.org
- "Dokumentations- und Bildungsinformationsdienst" als deutscher Partner im EURYDICE-Netz, für Informationen zum Bildungswesen in Deutschland (www.kmk.org/doku/bildungswesen.htm; E-Mail: eurydice@kmk.org)
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK); Ahrstr. 39, D-53175 Bonn; Fax: +49(0)228/887-110; Tel.: +49(0)228/887-0; www.hrk.de; E-Mail: sekr@hrk.de
- "Hochschulkompass" der Hochschulrektorenkonferenz, enthält umfassende Informationen zu Hochschulen, Studiengängen etc. (www.hochschulkompass.de)

¹ Siehe Fußnote Nr. 4.

² Siehe Fußnote Nr. 4.

Anlage 4: Art und Umfang der Prüfungs- und Studienleistungen

- Schwerpunkt 1: Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen
 Schwerpunkt 2: Krankenversicherungen
 Schwerpunkt 3: Pharmazeutische Industrie und Arzneimittelhandel

Modul MG-1					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre I							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Betriebswirtschaftslehre	1	6	7,5	10		K180
2	Bürgerliches Recht und Handelsrecht	1	2	2,5			
			8	10		10	
Modul MG-2					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Wissenschaftliches Arbeiten							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten	1	2	2,5	5		R
2	Präsentationstechniken	1	2	2,5			
3	Wirtschafts- und Gesundheitsenglisch	1	2	3	3		K60/R [#]
			6	8		8	
Modul MG-3					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Volkswirtschaftslehre							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Mikro- und Makroökonomie	1	4	5	10		K180
2	Wirtschaftspolitik	2	2	2,5			
3	Sozialpolitik	2	2	2,5			
			8	10		10	
Modul MG-4					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Mathematik							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Wirtschaftsmathematik	1	4	5	12		K180
2	Statistik	2	4	5			
3	Seminar Statistik	2	2	2			
			10	12		12	
Modul MG-5					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre II							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Betriebliche Funktionslehre	2	4	5	10		K180
2	Finanzbuchhaltung	2	4	5			
			8	10		10	

K60 Klausur 60 Minuten
 K180 Klausur 180 Minuten

R Referat
 # nach Vorgabe der oder des Prüfenden

Modul MG-6					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Finanzmanagement							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Betriebliche Finanzwirtschaft	2	2	2,5	5		K90
2	Investition	2	2	2,5			
			4	5		5	
Modul MG-7					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Rechnungswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Kosten-und Leistungsrechnung	2	4	5	10		K180
2	Bilanzierung	3	4	5			
			8	10		10	
Modul MG-8					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Management in Dienstleistungsunternehmen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Controlling	3	2	2,5	3,5		K90
2	Seminar Controlling	3	1	1			
3	Unternehmensorganisation und Personalmanagement	3	4	5	7,5		K120
4	Arbeitsrecht	3	2	2,5			
			9	11		11	
Modul MG-9					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Managementkompetenzen im Gesundheitswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Verhandlungsführung und Kommunikation	3	2	2	6		H
2	Moderation	3	2	2			
3	Konfliktmanagement	3	2	2			
			2				
			2	6		6	
Modul MG-10					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Informatik							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Wirtschaftsinformatik	3	4	4	8		K180
2	Medizininformatik	3	4	4			
			8	8		8	
Modul MG-11					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Gesundheitsökonomie							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Institutionen und Strukturen	4	2	2,5	5		K90
2	Gesundheitsökonomie	4	2	2,5			
			4	5		5	

K90 Klausur 90 Minuten
 K120 Klausur 120 Minuten
 K180 Klausur 180 Minuten

H Hausarbeit
 R Referat

Modul MG-12					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Qualitätsmanagement	4	2	2,5			
2	Seminar Qualitätsmanagement	4	1	1	6		K120
3	Evaluation im Gesundheitswesen	4	2	2,5			
			5	6			
						6	
Modul MG-13					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Public Health							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Epidemiologie	4	2	2,5			
2	Seminar Epidemiologie	4	2	2	4,5		K90
3	Sozial- und Präventivmedizin	5	2	2,5			
			6	7		7	
Modul MG-14					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Versorgungskonzepte	5	2	2,5			
2	Seminar Versorgungskonzepte	5	2	2	4,5		K90
3	Projektmanagement	5	2	2,5			
			6	7		7	
Modul MG-15					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Wahlpflicht							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	LV1 aus Wahlpflichtfachkatalog	5	2	2,5			
2	LV2 aus Wahlpflichtfachkatalog	5	2	2,5	2,5		s. WPF-Katalog
			4	5			
						5	
Modul MGKG-16 (Schwerpunkt 1): Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Finanzierung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Finanzierung im Gesundheitswesen	4	4	5			
2	Krankenhausfinanzierung	4	4	5	10		K180
			8	10			
						10	
Modul MGKG-17 (Schwerpunkt 1): Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Spezielle betriebliche Funktionen und Recht							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Recht im Gesundheitswesen	4	4	5			
2	Organisation	5	2	2,5	10		K180
3	Dienstleistungsmarketing	5	2	2,5			
			8	10		10	

K90 Klausur 90 Minuten
 K120 Klausur 120 Minuten
 K180 Klausur 180 Minuten

H Hausarbeit
 R Referat
 P Projektarbeit

Modul MGKG-18 (Schwerpunkt 1): Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Unternehmenssteuerung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Unternehmensführung	5	4	5	10		K180
2	Controllinginstrumente	5	4	5			
			8	10		10	
Modul MGKV-16 (Schwerpunkt 2): Krankenversicherungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Versicherungsökonomie							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Versicherungsbetriebslehre	4	4	5	10		K180
2	Versicherungsmathematik	4	2	2,5			
3	Krankenversicherungssysteme	4	2	2,5			
			8	10		10	
Modul MGKV-17 (Schwerpunkt 2): Krankenversicherungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Spezielle betriebliche Funktionen und Recht							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Privatversicherungsrecht	4	2	2,5	10		K180
2	Marketing in der Krankenversicherung	4	2	2,5			
3	Sozialversicherungsrecht	5	4	5			
			8	10		10	
Modul MGKV-18 (Schwerpunkt 2): Krankenversicherungen					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Unternehmenssteuerung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Unternehmensführung in der Krankenversicherung	5	4	5	10		K180
2	Controlling in der Krankenversicherung	5	4	5			
			8	10		10	
Modul MGPA-16 (Schwerpunkt 3): Pharmazeutische Industrie und Arzneimittelhandel					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Strukturen im Pharmamarkt							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Wettbewerbsstrukturen im Arzneimittelmarkt	4	4	5	10		K180
2	Pharmaökonomie	4	3	3,75			
3	Pharmaepidemiologie	4	1	1,25			
			8	10		10	

K180 Klausur 180 Minuten

Modul MGPA-17 (Schwerpunkt 3): Pharmazeutische Industrie und Arzneimittelhandel					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Recht und Gesundheitspolitik im Pharmamarkt							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Nationale und Internationale Gesundheitspolitik	4	2	2,5	10		K180
2	Arzneimittelrecht	4	2	2,5			
3	Wirtschaftsrecht für pharmazeutische Unternehmen, Großhandel und Apotheken	5	4	5			
			8	10		10	
Modul MGPA-18 (Schwerpunkt 3): Pharmazeutische Industrie und Arzneimittelhandel					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Innovationsmanagement							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Medizinische Aspekte pharmazeutischer Innovationen	5	2	2,5	10		K180
2	Pharmamarketing	5	2	2,5			
3	Geschäftsprozessmanagement und Controlling	5	4	5			
			8	10		10	
Modul MG-19					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Praxisprojekt							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Praxisphase	6		16			R
2	Seminar Praxisphase	6	2	2			
			2	18			
Bachelorarbeit mit Kolloquium							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Bachelorarbeit mit Kolloquium	6		12			
				12		30	
Gesamt			126	180			

K180 Klausur 180 Minuten

R Referat

Wahlpflichtfachkatalog		
Kennz.	Bezeichnung	Prüfungsleistung
MG-15.1	Change-Management	R
MG-15.2	Datenschutz im Gesundheitswesen	K60
MG-15.3	Ethik im Gesundheitswesen	R
MG-15.4	Europarecht im Gesundheitswesen	K60
MG-15.5	Gerontologische Versorgungskonzepte	K60/H [#]
MG-15.6	Gesundheitsbetriebslehre (Ringvorlesung)	H/R [#]
MG-15.7	Kundenbefragungen: Durchführung und Analyse	P
MG-15.8	Medizinproduktrecht	K60
MG-15.9	Pharmaökonomische und klinische Studien (Ringvorlesung)	M
MG-15.10	Rehabilitation	R/H [#]
MG-15.11	Spezielle Gesundheitsbetriebslehre	K60
MG-15.12	Steuerrecht	K60
	sowie Fächer der nicht gewählten Studienschwerpunkte	

K60 Klausur 60 Minuten
H Hausarbeit
P Projektarbeit

R Referat
M Mündliche Prüfung
nach Vorgabe der oder des Prüfenden